

Reform der Sekundarstufe II : Ansätze zu einer kohärenten Schweizer Bildungspolitik?

Autor(en): **Arnet, Moritz / Uffer, Leza M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 7-8: **Reformen auf der Sekundarstufe II**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-529921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reform der Sekundarstufe II – Ansätze zu einer kohärenten Schweizer Bildungspolitik?

Die Sekundarstufe II ist in einen grossen Reformsog geraten, beeinflusst oder gar ausgelöst durch die beabsichtigte Entwicklung der höheren Fachschulen zu Fachhochschulen, die ihrerseits durch die Anpassung an gesamteuropäische Standards der Tertiären Bildung in Gang gekommen ist. Moritz Arnet gibt Auskunft über die aktuelle bildungspolitische Situation.

Auf der Sekundarstufe II, also im Bereich der nachobligatorischen Bildung, ist vieles in Bewegung geraten. Die Gymnasien sollen reformiert werden. Eben ist die Vernehmlassung zu einer neuen Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) abgeschlossen worden. Wie beurteilen Sie das Ergebnis?

Moritz Arnet: Das Ergebnis ist etwa wie erwartet: Zustimmung dazu, dass man die Maturität endlich reformiert, aber viele Vorbehalte in einzelnen Fragen. Besonders erfreulich ist, dass die Aufhebung der Maturitätstypen fast überall gutgeheissen wurde.

Wir haben jetzt mit Bundesrätin Dreifuss vereinbart, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die das Projekt im Lichte der Vernehmlassung überarbeiten soll. Der Kommission wurden wichtige Auflagen gemacht, die sie bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen hat.

Welche Punkte müssen überarbeitet werden?

Moritz Arnet: Das Hauptproblem liegt bei der Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, der früher in vier Fächer gegliedert war, im neuen Projekt aber in einem einzigen Fach «Naturwissenschaften» zusammengefasst wurde. Diese «Reduktion» hat zu grosser Verwirrung geführt. Es muss inhaltlich und allenfalls auch umfangmässig neu definiert werden, was dieser Fachbereich leisten soll.

Eine weitere Auflage ist das Vorsehen von Schwerpunktsetzungen im Rahmen dieses neuen Projektes. Auch harrt das umstrittene Problem der dritten Landessprache einer Lösung.

Zurecht wurde in der Vernehmlassung verlangt, dass Wirtschafts- und Rechtskunde eigentlich Gemeingut einer gymnasialen Ausbildung sein sollte. Die Arbeitsgruppe soll eine Lösung erarbeiten, die dafür sorgt, dass allen Schülerinnen und Schülern ein Minimum an Ausbildung in «Wirtschaft und Recht» zukommt.

Und der letzte Punkt betrifft die Frage der fächerübergreifenden Arbeit, die ja in der Vernehmlassung mehrheitlich begrüsst wird, deren praktische Durchführung aber viele Fragen offenlässt.

Ein Hauptpunkt der Kritik an der vorgelegten Fassung der MAV entzündete sich an der Frage: Kommt es durch die Revision zu einem Qualitätsverlust oder nicht?

Moritz Arnet: Es liegen überhaupt keine Anzeichen vor, die einen Qualitätsverlust befürchten lassen. Die Vorlage selber, mit ihren 9 oder 10 Maturafächern und -noten und mit ihren sehr starken Selektionsregeln, trägt überhaupt nicht dazu bei, dass das Niveau gesenkt werden müsste. Es sind ja die selben Schulen, die selben Lehrer und mit ganz geringen Ausnahmen die selben Fächer, die unterrichtet werden. Bezüglich des Niveaus dieses Unterrichts werden die Schrauben eher angezogen als gelockert.

Die Maturaquoten in den Kantonen schwanken zwischen 26 (Genf) und 5% (Obwalden). Ist das der Preis des Föderalismus, dass die Chancengleichheit bestenfalls innerhalb des Kantons, nicht aber innerhalb des ganzen Landes besteht?

Moritz Arnet: Wir wären nicht unglücklich, wenn die Differenzen zwischen den Kantonen nicht so gross wären. Die EDK hat sich schon mehrfach intern dafür ausgesprochen, dass jene Kantone mit hohen Maturitätszahlen ihre Bildungspolitik restriktiver und selektiver gestalten sollten. Auf der andern Seite sind natürlich die Kantone mit geringeren Maturandenzahlen durchaus in der Lage, diese Quoten ohne Niveauverlust anzuheben.

Gleichwohl wird gesagt, dass die hohe Qualität und die starke Selektion der Matura gewahrt werden soll.

Moritz Arnet: Die neue Lösung geht davon aus, dass die Matura wieder allumfassend, wieder generell sein soll. Sie soll grundsätzlich allein den Hochschulzugang ermöglichen. Heute ist dieser auch über Primarlehrdiplome und über kantonale Maturitäten möglich. Wir möchten eben eine neue, umfassende Regelung, die insgesamt keineswegs weniger streng wäre als die bisherige, aber zu einer transparenteren Lösung des Hochschulzuges führen würde. Die vielen Seiteneingänge, die heute bestehen, sollen abgebaut werden.

Ist damit nicht bereits der Tod des klassischen Lehrerseminars, der Lehrerausbildung auf der Sekundarstufe II, eingeläutet?

Moritz Arnet: Dem ist nicht so. Man kann sich ohne weiteres vorstellen, dass das Primarlehrdiplom weiterhin seminaristisch erworben werden kann. Nur muss dann der Abschluss klar doppelt qualifizierend sein. Er muss Maturitätsniveau haben und gleichzeitig auch der Lehrerausbil-

dung genügen. Wahrscheinlich geht das nicht ohne Verlängerung der Ausbildungszeit.

Die zweite Lösung ist natürlich, dass man die Primarlehrerbildung sequenziert: zuerst eine Maturausbildung, dann die Berufsausbildung – also nicht die integrierte seminaristische, sondern die gestufte maturalitätsgebundene Ausbildung.

Die Diplommittelschulen (DMS) sollen ebenfalls neu positioniert werden. Welche Aufgaben sollen diese Schulen übernehmen?

Moritz Arnet: Die Diplommittelschulen sind für jene jungen Leute bestimmt, die eine gute Allgemeinbildung im Anschluss an die Volksschule erwerben wollen, und die sich vorab für die Berufsfelder interessieren, die eine solche breite Allgemeinbildung nicht-gymnasialer Art brauchen: Fürsorge, Gesundheitswesen, pädagogischer Bereich. Hier gilt es, das Profil der DMS, das in den letzten zehn, zwanzig Jahren entwickelt wurde, mit Blick auf ihre mögliche Rolle als Zubringer zu den Fachhochschulen in den genannten Bereichen zu modifizieren.

Seit über zwanzig Jahren gibt es im Schatten der Bildungspolitik auch die Berufsmittelschulen (BMS). Sie werden nun in raschem Zug mit einer Berufsmatura versehen und zum Hauptzugang der künftigen Fachhochschulen im Bereich der BIGA-Berufe (Ingenieurschulen, Wirtschafts- und Verwaltungsschulen, Schulen für Gestaltung) ausgebaut. Wie sieht das Ergebnis dieser Reform aus der Sicht der EDK aus?

Moritz Arnet: Die Reform ist sehr zu begrüßen. Wir hätten es allerdings gern gehabt, wenn diese Reform etwas konzeptioneller angegangen worden wäre. Die Kantone, die den Vollzug sicherzustellen haben, werden auf ihrer Ebene versuchen müssen, für die vier verschiedenen Formen der Berufsmatura möglichst viel Gemeinsamkeiten zu entwickeln, um ihr insgesamt ein gleiches Niveau zu verschaffen und ein weiteres Auseinanderentwickeln zu verhindern.

Hier sieht man die Berufsmatura, kaum eingeführt, auseinanderdriften, während man dort den Versuch macht, die Maturatypen anzuschaffen ... Das stellt die Frage nach der Einheit der Sekundarstufe II überhaupt.

Moritz Arnet: Das ist in der Tat eine wichtige Frage. Wir haben darum der Pädagogischen Kommission der EDK den Auftrag gegeben, eine kritische Sichtung der Bildungsziele der Schulformen der Sekundarstufe II zu machen. Die bisherige sektorielle Behandlung der Probleme hat viel für sich, weil die Vertreter der betreffenden Schularten – Gymnasium, Diplommittelschule, Berufsmittelschule, Berufsschule – für ihre Sache sehr motiviert sind und sich auch zur Darstellung bringen wollen. Gleichzeitig besteht die Gefahr dass jeder nur für sich denkt. Wir möchten versuchen, die Sekundarstufe II in einen Dialog zu bringen,

ohne sie in einem «pêle-mêle» aufgehen zu lassen, wie man dies z.T. in andern Ländern beobachtet, wo dann keine Identität der einzelnen Ausbildungsgänge mehr besteht. Ein schwieriges Unterfangen, weil ja überall auch Prestigeprobleme dahinter stehen!

Die EDK verlangte kürzlich vom Bundesrat, eine umfassende Lagebeurteilung der schweizerischen Berufsbildungspolitik vorzunehmen.

Moritz Arnet: Was wir vom Bund verlangt haben, ist eine prospektive Sicht der Berufsbildung. Während die Kantone für den Bereich der Allgemeinbildung – nämlich Gymnasien, Diplommittelschulen – und für den Bereich der nicht-BIGA-Berufsbildung (Fürsorge, Gesundheitswesen, Lehrerbildung, Kunst und Musik) jetzt versuchen, wirklich konzeptionell zu denken, haben wir den Eindruck, der Bund mache im Bereich der klassischen Berufsbildung – nicht der Berufsmaturität und der Fachhochschulen – nichts oder zuwenig. Wenn der Bund auch seine zukünftige Berufsbildungspolitik neu formuliert, hätten wir dann alle Bereich der Bildungspolitik abgedeckt.

In der Öffentlichkeit werden die hier angesprochenen Reformen als Einzelteile wahrgenommen, aber der Zusammenhang dieser Einzelteile in einem grösseren Ganzen wird in der Diskussion nicht sichtbar. Müsste es nicht im Interesse einer gesamtschweizerischen Bildungspolitik eine Instanz geben, die verantwortlich dafür einsteht – zu erinnern ist an den Vorschlag eines nationalen «Bildungsrates» im OECD-Bericht von 1990. Die EDK versammelt zwar die Bildungsminister, aber die demokratisch legitimierte Politik wird dann doch in den Kantonen gemacht – im besten Fall nach den Intentionen der EDK.

Moritz Arnet: Wir leben in einem System, das die Kompetenzen bewusst verteilt: auf die Kantone, auf den Bund und innerhalb der Kantone auf unterschiedliche Instanzen. In diesem System wollen wir leben und wir versuchen das Beste daraus zu machen. Und die EDK, die Sie jetzt eben als wenig handlungsfähiges Gremium angesprochen haben, verfügt über eine Reihe von konzeptionellen und im politischen Bereich durchaus auch handlungsfähigen Organen. Unsere Konferenz hat einen recht intensiven Kontakt zum Bund, d.h. mit dem Eidgenössischen Departement des Innern und mit dem für die Berufsbildung zuständigen Volkswirtschaftsdepartement. In einem gewissen Sinne besteht also der von der OECD angeregte Bildungsrat – und funktioniert. Die Arbeit der letzten Jahre beweist, dass wir hier einiges in Bewegung bringen konnten. Man soll die Handlungsfähigkeit des Systems nicht unterschätzen!

Vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Leza M. Uffer